frauen
/ruhr/
geschichte

Frauenbewegung in Essen – von sozialistischen, liberalen und katholischen Frauen

1865 war in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ Leipzig gegründet und damit die organisierte deutsche Frauenbewegung initiiert worden. Ein solcher Organisationsgrad von Frauen erfolgte in Essen erst 1902 mit der Gründung des Vereins Frauenwohl, um „auch in Essen der Frauenbewegung Boden“ zu verschaffen.[1] Ihm gehörten Frauen des Essener Bürgertums an, wie Bertha Marcus (1869-1918), die durch einen Besuch beim preußischen Kulturminister die Genehmigung zur Gründung der ersten Gymnasialklasse für Mädchen in Essen erwirkt hatte,[2] Maria Edler (1875-1961), die 1919 für die DDP in die Essener Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde,[3] oder Anna Bohn-Engelhardt (1880-1942), die später zur 1. Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde[4] und die gleichfalls 1919 in die Kommunalpolitik ging.

Bereits 14 Jahre zuvor, 1888, war der Hauptverein in Berlin gegründet worden. Zweck des Essener Ablegers, damals „Zweigverein“ genannt, war laut Satzung „die Förderung aller berechtigten Frauenbestrebungen der Gegenwart“. Welche diese genau waren, wird in den überlieferten Jahresberichten nicht explizit ausgeführt. Für die Förderung sollten „im Verein Vorträge von Männern und Frauen gehalten und besprochen“ und „Arbeitsgruppen gebildet“ werden.[5] Die rund 180 Mitglieder, zu denen einige Männer zählten – unter ihnen Dr. Fritz Levy, der 1919 als Rechtsanwalt juristischer Berater des Essener Arbeiter- und Soldatenrates, sozialdemokratischer Stadtverordneter und für kurze Zeit stellvertretender Polizeipräsident in Essen werde sollte,[6] – wurden gebeten, dass Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine zu abonnieren, da man „dadurch über alle neuen Vorkommnisse in der Frauenbewegung unterrichtet“ sei.[7] Der Verein selbst war Mitglied im Bund deutscher Frauenvereine und im Rheinisch-Westfälischen Frauenverband, ihm korporativ verbunden waren der Verein Preußischer Volksschullehrerinnen in Essen und der Verein Frauenwohl in Altenessen (ab 1915 ein Stadtteil von Essen). Als Referentinnen waren unter anderen 1903 Helene Stöcker (1869-1943) („Über die gemeinsame Erziehung der Geschlechter“) und 1908 Li Fischer-Eckert („Ereignisse der inneren Politik von 1870-1909“ und „Die Frauen und das Vaterland“) zu Gast. Seine Hauptaufgabe lag gemäß der Jahresberichte in einer Auskunfts- und Beratungsstelle für Frauen, in der kostenfrei Rechtsberatung erteilt, Bitt- und Armenrechtsgesuche formuliert, bei Gesinde- und Mietstreitigkeiten vermittelt, Unterstützung bei der Berufswahl gewährt sowie „stets mit glücklichem Erfolg die Alimentationsansprüche von Mutter und Kind frühzeitig geltend“ gemacht wurden.[8]Der Verein Frauenwohl war sozialpolitisch und caritativ aktiv und erhielt für den Unterhalt seiner wenig später eingerichteten Kinderhorte Unterstützung unter anderem von der Stadt Essen sowie von „Frau Excellenz Krupp“.[9] Er übernahm Aufgaben, für die die Kommune (noch) nicht verantwortlich war.

Der Verein war parteipolitisch ungebunden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird ein Großteil seiner Mitglieder das Frauenwahlrecht befürwortet haben. Als Referentinnen lud sich der Verein Vertreterinnen ganz unterschiedlicher Richtungen ein. Mit Li Fischer-Eckert aus Hagen (1882-1942) ließ man eine Frau zu Wort kommen, die das Klassenwahlrecht beizubehalten wünschte und ein Wahlrecht „unter den gleichen Bedingungen, wie Männer es haben und haben werden“, forderte. Sie zählte 1909 zu den Gründungsmitgliedern des „Westdeutschen Verbands für Frauenstimmrecht“ und saß der 1911 gegründeten „Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht“ bis zu deren Auflösung 1919 vor. Die zeitgenössische Frauenrechtlerin Auguste Kirchhoff (1867-1940) schrieb 1916, dass „die allmählich in die Breite gehende Stimmrechtsbewegung … im Laufe der Zeit manche konservativen und nationalliberalen Elemente in sich auf[nahm], denen teils aus taktischen, teils aus prinzipiellen Gründen die demokratische Wahlrechtsforderung nicht paßte. So organisierte sich innerhalb des Verbandes die Opposition und es kam zur Gründung einer zweiten Bewegung unter gemäßigtem Programm, in Schlesien unter Frau Wegener, in Rheinland und Westfalen unter Frau Fischer-Eckert.“[10]

Minna Cauer (1841-1922) hingegen war als Mitglied der sozialliberalen Demokratischen Vereinigung (DV) dem demokratischen Flügel der Frauenwahlrechtsbewegung zuzurechnen. Eventuell war es ihr Vortrag im Essener Verein Frauenwohl, der den Anstoß dazu gab, dass Frida Levy (1881-1942), die Ehefrau des genannten Juristen, 1911 den

Vorsitz des Essener Ortsvereins für Frauenstimmrecht und den des Rheinischen Provinzialvereins für Frauenstimmrecht übernahm und im erweiterten Vorstand des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht mitwirkte. Der Landesverein sah im Frauenstimmrecht „eine Forderung der Gerechtigkeit, … eine Forderung sozialer Notwendigkeit“ und „eine Forderung der Kultur.“[11] Bei der Reichstagswahl 1912 verteilte der Verein Flugblätter, mit der die Frauen ihren Protest gegen den Ausschluss von der Reichstagswahl unmittelbar im Wahllokal zum Ausdruck bringen konnten. Alle deutschen Staatsangehörigen über 25 Jahre seien auf Grund der bestehenden Verfassung wahlberechtigt. „Alle Gesetze und Verordnungen, die sich nur der männlichen Form bedienen, sind verbindlich für beide Geschlechter, sofern nichts anderes bestimmt ist. Eine diesbezügliche Bestimmung liegt in der Verfassung des Deutschen Reiches nicht vor, folglich sind alle Staatsangehörigen wahlberechtigt und der Ausschluss der Frauen bedeutet eine Verletzung von Gesetz und Verfassung. Wir Frauen wollen nicht nur die Pflichten dem Reiche gegenüber erfüllen, nämlich ihm die Bürger schenken, arbeiten und Steuern zahlen, wir fordern als Staatsangehörige auch unsere Rechte, nämlich die volle politische Gleichberechtigung.“[12] Ob dies, wie Kerstin Wolff dies jüngst für Minna Cauer dargelegt hat, von einer Differenz und nicht von einer Gleichheit der Geschlechter her gedacht war,[13] muss hier offen bleiben.

Vom Wahlrecht zur „tiefernsten Pflicht“

Anders bei Albertine Badenberg (1865-1958), die in Steele aktiv war, eine 1929 von Essen eingemeindete Kleinstadt.[14] In ihren biografischen Aufzeichnungen 1955 schrieb sie rückblickend, dass sie sich als Abgeordnete des Preußischen Landtags, dem sie für das Zentrum von 1924 bis 1932 angehörte, für „Fragen der Gleichberechtigung“ sowie für die Gehaltsfrage bei Männern und Frauen interessiert habe, „wobei ich aber immer stets den Grundsatz vertreten habe, das gleiches Gehalt nicht schematisch verstanden werden dürfte.“[15]

Früh gehörte die 1856 Geborene dem 1885 in Koblenz gegründeten Verein katholischer Lehrerinnen an, der sich für eine qualifizierte LehrerInnenausbildung und für die rechtliche und finanzielle Gleichstellung der Lehrerinnen mit ihren männlichen Kollegen einsetzte. Seit 1898 zählte sie zu den Vorstandsmitgliedern dieses Vereins. Bereits zu dieser Zeit habe sie sich viel mit der Frauenbewegung beschäftigt: „Es war die Zeit, in der sich der Bund Deutscher Frauenvereine mächtig entwickelte und besonders unter Helene Lange und Getrud Bäumer auch in den Kreisen katholischer Frauen lebhaft kommentiert wurde.“ Um „die Organisierung der katholischen Frauen durchzuführen“ und zugleich den liberalen Ideen, die in der von Lange herausgegebenen Zeitschrift „Die Frau“ vertreten wurden, entgegenzutreten, konzipierte sie mit anderen die ab 1902 erscheinende Zeitschrift „Die christliche Frau“.

1903 war Albertine Badenberg eine der Initiatorinnen einer eigenständigen katholischen Frauenbewegung in Form der Gründung des Katholischen Frauenbunds Deutschlands, die von dem männlichen Vertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland und von Prälat Werthmann vom Caritasverband (vergeblich) versucht wurde zu verhindern. 1908 wurde sie in den Vorstand des Frauenbundes gewählt, für den sie im Jahr darauf an ihrem Wohnort Steele einen Zweigverein gründete, dem 180 Frauen beitraten. 1910 brachte sie für den Frauenbund einen Taschenkalender heraus, in dem sie über „den Stand der damaligen Frauenbewegung sowohl auf nichtkatholischer als auch auf katholischer Seite“ informierte. Da die katholischen Frauen „um die Zeit von 1911/12 … durch das Vorgehen der Stimmrechtsverbände wach geworden“ waren, diskutierten sie „ihrerseits ihre Haltung zu diesen Bestrebungen“. Viele hätten sich damals für das Frauenwahlrecht ausgesprochen, wobei die eigene Position Badenbergs in ihren „Erinnerungen“ unklar bleibt.

Mit dem Ersten Weltkrieg rückte das Thema „Frauenwahlrecht“ in den Hintergrund, um mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Kaiserreichs sowie dem Ausbruch der Revolution am 8. November 1918 von einem auf den anderen Tag brandaktuell zu werden, denn schon am 12. November führte der Rat der Volksbeauftragten das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten Männer und Frauen ein.

Der politische Umsturz

Der politische Umsturz ließ anfänglich vielerorts Feststimmung aufkommen und an den Demonstrationen und

Umzügen beteiligten sich auch Frauen, wie der Essener Schüler Fritz Kesper für den 8. November indigniert notierte: „Den ganzen Tag über fuhren Lastautos mit bewaffneten Soldaten durch die Stadt, teils um zu agitieren, teils um für Ruhe zu sorgen. Rote Fahnen waren an der Tagesordnung. Einen schlechten Eindruck machte es, daß weibliche Personen mit roten Schleifen sich in niedrigster Weise einmischten. Bei den zahlreichen Umzügen sind sie sogar in erster Reihe mitmarschiert.“[16] Sein Mitschüler Heinrich Bohn hielt einen Tag später fest: „Am Samstag, den 9. November verkündeten Anschläge und Zeitungen, daß in Essen ein Arbeiter- und Soldatenrat eingerichtet sei. … In vielen Lokalen wurden Versammlungen der Arbeiter abgehalten, die sich dem Regiment anschlossen. Lustig war es zu sehen, wie auch Frauen das „große Wort“ führten und den noch unentschlossenen Männern den letzten Anstoß gaben, sich anzuschließen und doch „mitzumachen“. Ja, auf manchen Lastautos sah man zwischen Matrosen solche Heldinnen thronen und die rote Fahne schwenken.“[17]

Die aus Hacheney (heute ein Dortmunder Stadtteil) stammende Hedwig Dransfeld ((1871-1925), seit 1905 verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift „Die christliche Frau“ und damit eng mit Albertine Badenberg verbunden, warnte Ende 1918 in dem Artikel „Der Eintritt der katholischen Frauen in die Politik“ vor der drohenden Alleinregierung der Sozialdemokratie. Das Zentrum mit seinem Leitsatz „Freie Entfaltung der Mitarbeit der Frauen bei dem Wiederaufbau und der Pflege des deutschen Volkslebens unter voller Auswertung der weiblichen Eigenart“ sei die zu wählende Partei, wobei die Frauen „als vollberechtigte Staatsbürgerinnen“ nun „so gut wie die Männer die Verantwortung für die gesamte äußere und innere Ordnung unseres Vaterlandes [zu]tragen“ hätten.[18]

Wahlen in unruhiger Zeit

Schaut man in die Quellen, so ist selbst 100 Jahre später noch die Aufgeregtheit der damaligen Zeit zu erspüren. In die ohnehin aufgeheizte Stimmung muss der Erlass von Johann Franz Adolph Hoffmann (USPD), der Ende 1918, Anfang 1919 preußischer Bildungsminister war, die kirchliche Schulaufsicht in Preußen abzuschaffen, höchst explosiv gewirkt haben. Damit brachte er sowohl die Katholiken als auch die Protestanten gegen sich auf.
So menetekelte das Westfälisches Volksblatt kurz vor der Reichstagswahl am 17. Januar 1919:
Wähler der Nationalversammlung
folgt ihr der Sozialdemokratie
dann droht der Kulturkampf!
dann entrechtet man die Kirche!
dann schließt man die Klöster!
dann hält Einzug die Simultanschule!
dann herrscht der Geist Adolf Hoffmanns!

Auch Albertine Badenberg erinnerte sich an diesbezügliche Diskussionen innerhalb des katholischen Milieus. Selbst katholische Politiker hätten „die katholischen Schulen aufgeben wollten“, und nur die Androhung des Frauenbundes, eine eigene Frauenpartei zu gründen, habe dies abwenden können.[19]

Wenn Beate von Miquel von einer „wahren Wahlschlacht“ spricht, in der fast täglich alle Zeitungen für die ihnen nahestehenden Parteien geworben hätten,[20]so stimmt dies auch angesichts der Tatsache, dass die Gewährung des Wahlrechts direkt zu Beginn des Jahres 1919 drei Wahlen in dichter Reihenfolge nach sich zog: auf der nationalen Ebene die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar, auf der Landesebene die zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung am 26. Januar[21] und als dritte die im März vollzogene Kommunalwahl. Allen Parteien blieb somit nur wenig Zeit, ihre Lager zu mobilisieren, Kandidatinnen zu gewinnen und Wählerinnen zu überzeugen. Einzig die Sozialdemokratie hatte bereits 1871 Frauenversammlungen in Chemnitz und Leipzig abgehalten und 1895 einen Antrag auf das Reichstagswahlrecht für Frauen im Reichstag eingereicht.

Sozialdemokratie in der Essener Staftverordnetenversammlung

In Essen war die Sozialdemokratie erst 1908 mit Franz Gemoll und August Hohage in die 58-köpfige Essener

Stadtverordnetenversammlung eingezogen.[22]

Ein Jahr zuvor hatte die SPD „im dunkelsten Winkel Deutschlands“[23], in Essen, ihren Parteitag abgehalten. Zu den drei SPD-Delegierten aus der Stadt selbst zählten neben zwei Männern auch „Frau Plum (Essen-West)“.[24] Diese war bereits aktenkundig geworden. So heißt es in einem Polizei-Bericht vom 28. Juli 1906: „Ich hatte angeordnet: Ueberwachung der Versammlung, die gleichzeitige Vornahme von Durchsuchungen in dem Versammlungslokal, in der Wohnung der Ehefrau Plum und der Ehefrau Deuper und Beschlagnahme aller dort vorgefundenen Bücher und Schriftstücke, welche auf die Frauenbewegung Bezug haben.“[25]

Minna Deuper

Wilhelmina (Minna) Deuper, geboren 1868, war die Tochter eines Krupp-Arbeiters und die Frau eines Sozialdemokraten. 1904 hielt sie im Lokal „Borussia“ die 1. öffentliche Versammlung Essener Sozialdemokratinnen ab, bei der sie zur Vertrauensperson gewählt wurde. Schon bald, so erinnerte sie sich 25 Jahre später, „gehörten der ’sozialdemokratischen Frauenbewegung‘ 163 Frauen an“.[26] Bei der Frauenkonferenz des SPD-Parteitags 1908 in Nürnberg hatte sie die Situation euphorischer geschildert: „In Essen hat die Frauenbewegung gute Fortschritte gemacht. Früher waren 600 Frauen organisiert, heute sind es über 1000. (Bravo!). Und das trotz aller Polizeischikane. Sogar auf den Klosetts wurden unsere Frauen bewacht. (Heiterkeit.)“ Dass dies keinesfalls übertrieben war, zeigt ein Blick in die überlieferten Behörden-Unterlagen. So wurde bei einem Gespräch des Staatsanwalts mit einem Vertreter des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, dem Essener Polizei-Dezernent und dem Bezirks-Polizeikommissar im August 1906 protokolliert, dass zwar des Öfteren Versammlungen stattgefunden hätten, „in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, ohne dass diese Versammlungen polizeilich angemeldet waren“, doch da „nach dem bei der Durchsuchung beschlagnahmten Material und nach der Mitteilung der Politischen Polizei in Berlin es nicht wahrscheinlich sei, dass überhaupt eine Vereinsgründung stattgefunden habe“, sollte nach einer Vernehmung – so in schönstem Beamtendeutsch – „die Ausserverfolgungsetzung der Deuper“ erfolgen.[27]

In ihrem persönlichen Rückblick „25 Jahre sozialdemokratische Frauenbewegung in Essen“ aus dem Jahr 1929 erinnerte sie vor allem die Zeitspanne vor dem 15. Mai 1908, als das vom Reichstag beschlossene neue Vereinsgesetz in Kraft trat, welches Frauen die Mitgliedschaft in politischen Parteien und Vereinen zugestand: „Von 1906 bis 1908 kämpfte die ganze Partei verstärkt für das Frauenwahlrecht; überall wurden große Versammlung abgehalten.“[28]Auffallend ist, dass sie über die von Hedwig Richter als „die größte Wahlrechtserweiterung aller Zeiten“ und eine „der revolutionärsten Neuerungen im 20. Jahrhundert“[29] charakterisierte Verordnung vom 12. November 1918 bezüglich des neuen Wahlrechts[30] keinerlei Wort in ihrem Zeitungsbeitrag verlor. Für erwähnenswert hielt sie noch den Anstieg weiblicher SPD-Mitglieder bis 1913 auf 1.300 und die von ihr als „Katastrophe“ wahrgenommene Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) 1917.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie das Essener Wahlergebnis im März 1919 als Niederlage wahrgenommen hatte und als solche zehn Jahre später erinnerte und daher 1929 unerwähnt ließ. Denn bei der Wahl zur neuen Stadtverordnetenversammlung im März 1919 hatten die Sozialdemokraten lediglich 33 von 102 Sitzen erlangen können, 24 entfielen davon auf die Mehrheitssozialdemokraten und neun auf die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten waren die Wahlverlierer gegenüber dem Zentrum, das 46 Mandate erhalten hatte.[31]

Worüber Minna Deuper gleichfalls schwieg war die Ungleichbehandlung der Akteurinnen. Während sich die Frauen der sozialen Oberschicht Jahre vor Aufhebung des preußischen Vereinsverbots für die Frauenbewegung interessieren und engagieren konnten, war dies den Sozialdemokratinnen, die öffentlich erst 1908 der Partei beitreten durften, strikt untersagt. Zu den bei Li Fischer-Eckert 1913 geschilderten ärmlichen Verhältnissen vieler Arbeiterhaushalte in Hamborn[32], die man sicher 1:1 auf Essener Verhältnisse übertragen kann, kam bei den Vertreterinnen der sozialdemokratisch-proletarischen Frauenbewegung die permanente staatliche Observation hinzu. Es mag dahingestellt sein, wie viele Arbeiterfrauen die „Gleichheit“ – nach Minna Deuper das „obligatorische Vereinsorgan“[33] – zur Kenntnis genommen haben. Aber die Teilnahme an regelmäßigen Vorträgen und somit die gleichberechtigte Teilhabe am staatsbürgerlichen Leben war diesen Frauen bis 1908 kaum möglich.

Das den politischen Umständen geschuldete organisatorische Defizit war eventuell einer der Gründe dafür, dass am 21. März 1919 in die neugewählte Essener Stadtverordnetenversammlung unter den 102 Stadtverordneten nur acht Frauen waren. Ein anderer war ganz gewiss die schlechte Platzierung der Frauen auf den Kandidatenlisten fast aller Parteien.[34]

Acht Frauen ziehen in die Essener Stadtverordnetenversammlung ein

In die Stadtverordnetenversammlung zogen die Schulrektorin Maria Edler (1875-1961) und Anna Bohn-Engelhardt (1880-1942) für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei ein. Edler war Vorsitzende der Ortsgruppe des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen und in zahlreichen pädagogischen Einrichtungen und Gremien aktiv. Ihr Versuch, 1924 in die Nationalversammlung zu wechseln, scheiterte. Bohn-Engelhardt war zeitweise Vorsitzende des Vereins Frauenwohl, saß dem Stadtverband für Frauenbestrebungen vor und war 2. Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes, der sich für eine qualifizierte Ausbildung von Mädchen und Jungen Frauen einsetzte. Bohn-Engelhardt saß für die DDP von 1919 bis 1933 in der Essener Stadtverordnetenversammlung.[35]

Die Zentrums-Fraktion zählte drei Frauen: die Lehrerin Franziska Gosewinkel (1891-1938), die Näherin Maria Giesing und die Lyzealdirektorin Antonie van Loosen (1874-1941). Gosewinkel hatte sich bereits bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 aufstellen lassen, jedoch nicht genug Stimmen erhalten. Der Stadtverordnetenversammlung gehörte sie von 1919 bis 1929 an. Von 1921 bis 1929 saß sie für das Zentrum auch im Preußischen Provinziallandtag. Antonie van Loosen (1874-1941) war seit 1897 an der höheren Mädchenschule in Borbeck (heute würde man Gymnasium sagen), ab 1905 in leitender Position. Im Krieg hatte sie sich als Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes in Borbeck innerhalb des „Kriegsliebesdienstes“ engagiert und zahlreiche Auszeichnungen erhalten. Bereits 1921 schied sie aus dem Rat aus. Über die Näherin Maria Giesing, die von 1919 bis 1923 in der Essener Stadtverordnetenversammlung saß, ist nichts bekannt.

Den Nationalen Verein (DNVP/DVP) vertrat Oberin Martha Leubert, zu der gleichfalls keine weiteren Informationen vorliegen.

Monika Hinrichs (1868-1952) von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) hielt in ihrem Tagebuch fest: „8. März. Heute zum erstenmal als Stadtverordnete im Rathause. 3 Wochen liegen hinter uns. Es war viel Arbeit. Wir, die sozialdemokratische Fraktion, sind 24 Mann stark.“[36] Emma Leder (1879-1967) war Vertreterin der politisch linksstehenden Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in der Stadtverordnetenversammlung. 1920 verließ sie diese, um 1924 erneut in den damaligen Essener Rat einzuziehen, dann für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Zeitgenössische Analysen der Wahlergebnisse

Das Wahlverhalten der Frauen stand im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Frauentages des Bezirks Niederrhein im Jahr 1920, auf dem deren Vorsitzende Marie Arning analysierte: „Durch die unklaren politischen Verhältnisse der letzten zwei Jahre, der Putsche von rechts und links, der vielen Streiks, die immer wieder das Wirtschaftsleben erschütterten, werden die Frauen verwirrt…, so daß sie gar nicht recht wußten, wie sie entscheiden sollten, weil von den bürgerlichen Parteien alle Unruhen und Putsche als sozialistische bezeichnet wurden.“[37] Diese Argumentation ist durchaus nachvollziehbar. So hatte die Deutsche Volkspartei im Märkischen Sprecher vom 6. Januar 1919, also bereits zur Reichstagswahl, die deutschen Frauen und Mädchen ermahnt, dass nun auch für sie „die Zeit politischer Gleichgültigkeit und Lauheit vorüber“ sei. Für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens dürfe „der Wert der Einzelpersönlichkeit nicht vernichtet werden durch einen alles niederreißenden Sozialismus.“ Und das Westfälische Volksblatt riet am 14. Januar 1919 ohne Angabe näherer Gründe davon ab, die Deutschnationale Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei zu wählen. Einzig bei der SPD wurde sie konkret: „Nicht die Sozialdemokraten, gleichviel welcher Schattierung! Die Kommunisten (Spartakusbund) wollen das revolutionäre Durcheinander dieser Berliner Schreckenstage verewigen, die Unabhängigen wollen es unter Knechtung aller Andersdenkenden mindestens bis in den Sommer treiben, und die Mehrheitssozialisten haben sich als machtlos und unfähig erwiesen, dauernd für Ordnung zu sorgen, weil sie immer wieder zum Nachgeben gegen die Störenfriede bereit sind. – Alle drei wollen

Entrechtung und Enteignung der Volksgenossen anderer Gesinnung."

So kam zu den bereits genannten Gründen – Organisationserfahrung und Repressionsfreiheit auf der bürgerlichen Seite – eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Meinungs- und Stimmungsmache hinzu, die durch den kurzen, von Adolph Hoffmann hervorgerufenen „Kulturkampf" unterfüttert wurde. Fräulein Albertine Badenberg – als Lehrerin unterlag sie dem sogenannten Lehrerinnenzölibat und hätte bei einer Eheschließung sofort kündigen müssen – fasste die eigene Kompetenz und Motivation für den Wahlkampf 1919 so zusammen: „Durch die Schulung, die unsere Frauen im Laufe der Zeit erfahren hatten, wurde in unseren Reihen schnell begriffen, daß es im Wesentlichen von den Frauen abhängen würde, ob die neue Reichsverfassung christlich oder unchristlich sein würde. Im Westen organisierten wir eine Reihe geeigneter Persönlichkeiten, u.a. Studentinnen, die in zahlreichen Vorträgen die Frauen von der Notwendigkeit überzeugten, daß Wahlrecht auch Wahlpflicht sei. Ich glaube, man darf sagen, daß der Ausfall dieser Wahl im positiven Sinne ein Verdienst der Frauen gewesen ist. Männer wollten damals mutlos werden."[38]

„Das Wahlrecht … rüstet die Proletarierinnen in dem Kampfe, den sie für die Erringung vollen Menschentums gegen Klassenausbeutung und Klassenherrschaft führen." So hatte Clara Zetkin die sozialdemokratische Wahlrechtsposition 1907 formuliert.[39] Den „Linken" galt das Wahlrecht als ein Schritt auf dem Weg des Klassenkampfes.

Den Frauen, die 1919 Mitglied des Zentrums wurden, ging es um die Aufrechterhaltung der von ihnen seit Jahrzehnten besetzten gesellschaftspolitischen Handlungsfelder. Frauen wie Albertine Badenberg engagierten sich dort, wo sie für ihre Anliegen die größten Einflussmöglichkeiten sahen, und das waren vor 1919 Vereine, nach 1919 legislative Organe. Nach Barbara von Hindenburg ist daher vor 1918 nicht nur auf die Wahlrechtsbewegungen zu schauen, sondern auch darauf, wie Frauen bereits zuvor Politik mitgestalteten.[40]

Erweitert man also das Verständnis dessen, was politisches Handeln bedeutet, und versteht darunter nicht nur das Wirken in Stadtverordnetenversammlungen oder in bis 1918 ausschließlich von Männern besetzten Parteien, sondern subsumiert darunter das Wirken in den Stadtraum hinein, das von gesellschaftspolitischer Relevanz war, dann haben in Essen nachweislich auch Frauen Politik vor der Einführung des Wahlrechts gemacht.[41]

Während sich Frida Levy im Verein Frauenwohl mit sozialen Fragen beschäftigte und in der dortigen „Auskunfts- und Beratungsstelle für Frauen" tätig war und nach 1919 als „Bürgervertreterin" im kommunalen Ausschuss für Volksbildung mitwirkte, errang die katholische Albertine Badenberg mit ihrem Engagement für eine bessere Mädchen- und Arbeiterinnenausbildung und für eine finanzielle Besserstellung der Lehrerinnen gesellschaftliches Renommee. Sie zog 1924 für das Zentrum in den Preußischen Landtag und verfolgte die Themen, für die sie sich in den Jahrzehnten zuvor engagiert hatte: „Hauptsächlich interessierten mich dort Fragen der Schule, Fragen der Gleichberechtigung, der Gehälter der Männer und Frauen, …"[42]

Susanne Abeck & Uta C. Schmidt frauen/ruhr/geschichte

1. Erster Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1903, SAE 854/2304.
2. Historischer Verein für Stadt und Stift Essen e.V.: Essener Köpfe, Essen 2015, S. 235.
3. Erster Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1903, S. 15.
4. Achter Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1910, S. 6.
5. Statut des Vereins „Frauenwohl" zu Essen, um 1905, SAE 854/1878.
6. Hermann Schröter: Geschichte und Schicksal der Essener Juden, Essen 1980, S. 201.
7. Zweiter Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1904, S. 4.
8. Erster Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1904, S. 11.
9. Verein Frauenwohl e.V. Essen-Ruhr: VIII. und IX. Jahresbericht, Essen 1911, S. 22, SAE 854/2304.
10. Auguste Kirchhoff: Zur Entwicklung der Frauenstimmrechts-Bewegung, 1916, Zugriff am 30.10.2018, https://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht?PPN=PPN662813863&PHYSID=PHYS_0013&DMDID=
11. Gabriele Boukrif, „Der Schritt über den Rubikon": Eine vergleichende Untersuchung zur deutschen und italienischen Frauenstimmrechtsbewegung (1861-1919), Berlin-Münster-Wien-Zürich-London 2006, S. 168.
12. Zitiert bei Ludger Hülskemper-Niemann: Die Geschichte der Frida Levy, geb. Stern, in: Frida Levy. 18.12.1881 bis 1942, hrsg. v. d. Frida-Ley-Gesamtschule, Essen 2006, S. 13-84, S. 28.
13. Kerstin Wolff: Noch einmal von vorn und neu erzählt, S. 47.
14. Zu Albertine Badenberg siehe Susanne Abeck, Albertine Badenberg
15. Albertine Badenberg: Notizen, Essen o.J. (wahrscheinlich 1955), S. 4. Das fünfseitige Manuskript befindet sich im Steeler Archiv e.V.
16. Fritz Kesper: Revolution im Ruhrgebiet, in: Nadine Rossol: Kartoffeln, Frost und Spartakus. Weltkriegsende und Revolution 1981/19 in

Essener Schüleraufsätzen, Berlin 2018, S. 185-188, S. 187.
17. Heinrich Bohn: Revolution im Ruhrgebiet, in: Nadine Rossol: Kartoffeln, Frost und Spartakus, S. 176-178, S. 177.
18. Hedwig Dransfeld: Der Eintritt der katholischen Frauen in die Politik, in: Christliche Frau, Jg. 16, Nov./Dez. 1918, Heft 11/12.
19. Albertine Badenberg: Notizen, S. 4.
20. Beate von Miquel: Zeitungsanzeige „öffentliche Frauenversammlung“, in: Ingrid Wölk (Hg.): Hundertsieben Sachen. Bochumer Geschichte in Objekten und Archivalien, Essen 2017, S. 335-341. S. 339.
21. Von den 401 Abgeordneten waren 26 Frauen, unter ihnen als „Nachrückerin“ die 41-jährige Sozialdemokratin Emma Grasse aus Altenessen. Marcus Schymiczek: 150 Jahre SPD in Essen. Essens Sozialdemokraten blicken auch in Demut zurück, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 20.04.2017.
22. Die Städte im Ruhrgebiet waren mit ihrem hohen Arbeiteranteil – allein die Grusstahlfabrik Krupp in Essen beschäftigte 1914 mit 40.000 Personen rund ein Achtel der Stadtbevölkerung – keineswegs Bastionen der Sozialdemokratie. So hatte bei der Reichstagswahl 1893 in Essen Friedrich Alfred Krupp (fraktionslos, aber den Freikonservativen nahe stehend) über den Zentrumskandidaten, dem bei Krupp beschäftigten Dreher Gerhard Stötzel, gesiegt, d. h. dass dieser kaum oder nur wenige Stimmen der SPD-nahen Wähler erhalten hatte. August Bebel bezeichnete dieses Wahlergebnis daher wenige Jahre später auch als „Hohn“. Klaus Wisotzky / Monika Josten (Hg.): Essen. Geschichte einer Großstadt im 20. Jahrhundert, Münster 2018, und Wilhelm Henning: Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen (1890-1914), Köln Univ. Diss. 1965, Essen 1965.
23. Arbeiterzeitung, 16.09.1907, zitiert bei Wilhelm Henning: Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen, S. 205.
24. Vgl. Wilhelm Henning: Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen (1890-1914), S. 205.
25. Schreiben vom 26.07.1906 der Essener Polizei-Verwaltung an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten, LAV NRW R, BR 0007 Nr. 42789, Blatt 72 v. Siehe zu Agens Plum, die später u. a. von 1925 bis 1928 für die KPD im Reichstag saß, z. B. unter https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/agnes-plum
26. Historischer Verein für Stadt und Stift Essen e.V.: Essener Köpfe, Essen 2015, ebda.
27. 25 Jahre sozialdemokratische Frauenbewegung in Essen, in: Volkswacht, 09.01.1929.
28. ebda.
29. Hedwig Richter: Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg 2017, S. 448.
30. „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“
31. Erstmalig Frauen im Essener Stadtparlament, Zugriff am 30.10.2018 unter https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_41/stadtarchiv/geschichte/geschichte_einsichten_wahlrecht_1919.de.html
32. Siehe dazu die Biografie über sie unter
33. Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908, S. 480, Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Zugriff am 30.10.2018, http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1908.pdf
34. Vgl. hierzu z.B. Barbara von Hindenburg, Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919-1933. Biographie – Herkunft – Geschlecht, Frankfurt a.M. 2017, S. 331 ff. Minna Deuper gründete in der Weimarer Republik die Essener Arbeiterwohlfahrt mit und ihre jüngste Tochter wurde SPD-Politikerin im Rat der Stadt Essen und im NRW-Landtag, hierzu: Historischer Verein für Stadt und Stift Essen e.V.: Essener Köpfe, Essen 2015, S. 79.
35. Zu den 1. weiblichen Stadtverordneten in Essen siehe die von der Autorin im Auftrag der Gleichstellungsstelle Essen konzipierte Ausstellung „Wir haben die Wahl. Frauen 1919-2019“. Dazu auch „Erstmalig Frauen im Essener Stadtparlament“, Zugriff am 30.10.2018 unter https://www.essen.de/rathaus/aemter/ordner_41/stadtarchiv/geschichte/geschichte_einsichten_wahlrecht_1919.de.html
36. Archiv Ernst Schmidt, Bestand 19-854
37. Zitiert bei Petra Weis, Frauen in der Politik – Wider das Vorurteil von der geistigen Unreife der Frau, in: Stadt Duisburg (Hg.): Frauen machen Geschichte. Materialien zur Duisburger Frauengeschichte, Duisburg 1991, S. 98-130, S. 125.
38. Albertine Badenberg: Notizen, S. 4.
39. Clara Zetkin: Der Kampf um das Frauenwahlrecht soll die Proletarierin zum klassenbewussten politischen Leben erwecken (22. August 1907), , Zugriff am 28.02.2019 unter https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/zetkin/zetkin-frauenbewegung/clara-zetkin-der-kampf-um-das-frauenwahlrecht
40. Barbara von Hindenburg, Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919-1933. Biographie – Herkunft – Geschlecht, Frankfurt a.M. 2017, S. 299.
41. Die Quellenlage zu Wahlrechtsbewegungen im gesamten Ruhrgebiet ist schlecht. In Essen ist sie insofern etwas besser, als hier Dokumente von sozialistischer (Deuper), liberaler (Levy u. a.) und katholischer (Badenberg) Seite überliefert sind.
42. Albertine Badenberg: Notizen, S. 4.

Abeck, Susanne / Schmidt, Uta C., Frauenbewegung in Essen – von sozialistischen, liberalen und katholischen Frauen, Version 1.2,
in: frauen/ruhr/geschichte, 01. 11. 2021
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_wiss_texte/1818/